

Im Falle monatlich bei zweimonatlicher... 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark... 11.00 Mark, durch die Post 11.00 Mark...

Saale-Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

werden 5. Bogenpaar, 34mm Br., Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf., berechnet u. in unserem Anzeigensystem u. allen Anzeigensystemen angenommen. Reflektoren... 11.00 Mark, durch die Post 11.00 Mark...

Nr. 337.

Halle, Dienstag, den 22. Juli.

1919.

Die Demokratie und die Auslandspolitik.

(Eigener Drahtbericht der „Saale-Zeitung“.)

C. H. Berlin, 20. Juli.

Der heutige Sonntag zeigte einen noch härteren Besuch als der erste Tag der Verhandlungen. Der Tag beginnt mit dem mit Spannung erwarteten Referat des Vizepräsidenten D. Grafen v. Bernstorff über

Demokratie und auswärtige Politik.

Der Redner, der von der Verknüpfung lebhaft befragt wird, führte in seiner oft von Beifall unterbrochenen Rede aus: Ich bin der Parteilichkeit dankbar, daß sie mir heute zum ersten Male die Gelegenheit gibt, mich innerhalb der Partei zu betätigen, die Demokratie bringt es mit sich, daß das Volk sich auf allen Gebieten mehr betätigen muß, als es vor der Revolution der Fall war. Das gilt auch von der auswärtigen Politik. Allerdings ist die Betätigung in der Öffentlichkeit in der auswärtigen Politik ein sehr zweischneidiges Schwert. Was man zu Hause sagt, wird im Ausland gelesen und, wie wir erfahren haben, oft gegen uns ausgesandt. Aus meiner politischen Tätigkeit ist mir innerlich, daß wir vor dem Krieg oft als Diplomaten gewissermaßen

mit der Feuerprobe herumliefen,

um die Brände zu löschen, welche durch Neben in der Heimat erzeugt worden waren. (Hört, hört!) Das schloß aber nicht aus, daß gerade die demokratische Partei sich mit auswärtiger Politik befaßt. Wir haben bisher in einer Koalition zusammen gearbeitet mit zwei Parteien, die eine nationale internationale Basis haben als wir. Die eine stützt sich auf die internationale katholische Kirche, die andere auf die internationale Sozialdemokratie. Sie haben beide weitgehende auswärtige Beziehungen, denen wir es gleich machen müssen.

Wer sich mit auswärtiger Politik befaßt, muß sich mit großer Resignation wappnen. Ich meine keinen Quietismus, sondern eine Resignation, wie sie Goethe vorschwebte, als er sagte, er wolle in großen resignieren, um dafür das nächstliegende kleinere Ziel erreichen zu können. Gewiß ist es notwendig, daß wir uns in der auswärtigen Politik nach jeder Richtung hin betätigen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß eine Weltpolitik, wie es den Krieg getrieben worden ist, sehr unmöglich ist. Der Friede ist von der Regierung unter Protest unterzeichnet worden, weil er unerträglich und unerfüllbar ist. Dieser Protest ist noch heute voll in Geltung. Nachdem der Friede unterzeichnet ist, erfordert es die Neutralität und Ehrlichkeit, welche fordert die Lösung der deutschen auswärtigen Politik sein soll, daß wir den Friedensvertrag nach bestem Können und Gewissen erfüllen. (Zustimmung.) Das hindert aber nicht, daß wir

ehrlich und fortgesetzt vor aller Welt die Revision des Friedensvertrages verlangen,

die uns von der Gegenseite bereits zugesagt ist. Dabei möchte ich raten, daß wir uns nicht miteinander streiten darüber, ob dieser Friede unterzeichnet werden sollte oder nicht. (Sehr richtig!) Für den Politiker, der die auswärtige Politik betrachtet, ist

die Vergangenheit nur von historischem Wert,

insoweit, als er daraus lernen kann. Für die zukünftige Politik hat aber die Vergangenheit keinen praktischen Wert. Wir wollen den Frieden von Versailles als gegeben erachten, insofern immer wieder auf seine Revision dringen. In den Zeitungen unserer Gegner können wir jetzt fast täglich lesen, daß Teufelhand einen Kadettrier vorbereitet und bewegen die entgegenstehende Koalition zum Annehmen werden müßte. Diese feindselige Auffassung beruht auf einer vollkommenen Verkennung der hier bei uns bestehenden Verhältnisse. Der hier leidet, weiß, daß wir

einen Kadettrier weder führen können noch führen wollen.

An die Stelle der Macht- und Nachepolitik wollen wir das ideale Streben nach Gerechtigkeit und politische Ethik in die Welt stellen. (Sehr richtig!) Dieser Weg führt in den Völkerbund und zur Revision des Friedensvertrages, was uns erfüllt durch friedliche diplomatische Mittel. Ich weiß, daß ich hiermit einen Gegenstand spreche, der heute in Deutschland nicht mehr populär ist. Der Völkerbund wird seit Versailles als ein Fiasko betrachtet. (Zurufe: Ist er auch!) Tatsächlich sieht derselbe in seiner jetzigen Gestalt aus einem Bündnis einer heiligen Allianz gegen Deutschland-verweijert ähnlich. (Sehr richtig!) Bewegungen ist aber noch lange nicht gesagt, daß der Völkerbund seine jetzige Gestalt zu behalten braucht. Heute ist der Völkerbund auch nur ein Torso, solange Deutschland, Deutsch-Oesterreich und Rußland nicht dazu gehören. Gegen den Völkerbundgehabten wird bei uns eingewandt, daß diese Politik nicht national sei. Sicher muß jeder Deutsche und so II jeder Deutsche durch ein nationales Empfinden, daß nicht der Gedanke des Völkerbundes dem nationalen Gedanken nicht feindselig gegenüber. Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen ist aber ein stark nationales, sogar nationalitätlicher als das Gegenteil. Auf Grund der Selbstbestimmung der Völker werden wir in der Lage sein, unsere verlorenen deutschen Brüder zurück zu erhalten, werden wir auch in der Lage sein, uns mit unseren deutschen Brüdern in Oesterreich zu vereinigen. (Stimm.) Und wenn

dieses Ziel nicht sofort erreicht werden könnte, so wird jedenfalls das zu erreichen sein, daß den Winokitäten gegen die deutsche Nation nicht mehr und daß unter diesem Schutze unsere verlorenen deutschen Brüder und diejenigen in Oesterreich in der Lage sind, ihre deutsche Nationalität voll und ganz zu wahren. (Bravos!) In dem Völkerbund wird es uns auch eher möglich sein, dafür Sorge zu tragen, daß die Zustimmung, welche in Oesterreich in der bevorstehenden Wahlperiode ausgedrückt wird, ebenso wird es innerlich das Völkerbundes viel leichter sein, mit Aussicht auf Erfolg für die

Verfürgung der Befehle der linksrheinischen Gebiete einzutreten. (Lebhaftes Bravo!) Es ist das eine der Hauptaufgaben unserer auswärtigen Politik (sehr richtig!), weil der jetzige Zustand uns in Gefahr bringt. (Sehr richtig!) Durch den Eintritt in den Völkerbund erhalten wir auch Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit mit allen Nationen. Dann wird es auch eine Weltwirtschaft geben. Unbedingtes Erfordernis ist, daß die Länder wieder in wirtschaftliche Beziehungen miteinander treten. Weltwirtschaft kann nur auf der Basis des Völkerbundes zustande kommen. Es könnte der Einwand erhoben werden, daß der Eintritt in den Völkerbund erst erfolgen soll, wenn die Revision des Friedensvertrages erfolgt ist. Ich würde, daß

eine solche Politik eine Illusion wäre, (sehr richtig!), ähnlich derjenigen Illusion, in der wir uns während des Krieges befanden. (Lebhaftes Zustimmung.) Die ganze uns gerichtete Koalition ist noch so hart, daß sie noch lange unzulänglich sein wird. Und wenn wir nicht den Wunsch haben, in den Völkerbund einzutreten, so wird von der gegnerischen Propaganda immer das Gegenteil des Völkerbundes an die Hand gemalt werden. Die feindselige Koalition wird dadurch fortwährend gestärkt. Eine

Verzichtung der Welt

kann nur durch den Eintritt aller Staaten in den Völkerbund eintreten. Wenn der in Oktober d. J. in Washington stattfindende Kongress über die sozialen Fragen ohne Beteiligung Deutschlands stattfinden, so würden wir zu beklagen haben, daß dort Beschlüsse gefaßt werden, die unseren Wünschen vollends zuwider laufen. Wenn schon die frühere Regierung in dieser Frage führend war, so muß das neue Deutschland nach seiner ganzen Struktur unter allen Umständen in der sozialen Frage allen Nationen vorangehen wollen. (Lebhaftes Bravo!) Gewiß ist es dabei eine wichtige Politik, zunächst mit allen Ländern wirtschaftlich in Verbindung zu kommen. Da nenne ich zunächst die Länder, die während des Krieges neutral geblieben sind. Es liegt nahe, daß wir zunächst mit diesen wieder anknüpfen und dazu scheint Bereitschaft vorhanden zu sein. Ich erinnere nur an das spontane freundliche Telegramm, welches die argentinische Volksgemeinschaft vor kurzem an unsere Nationalversammlung gerichtet hat. (Bravos!) Ebenso die Bereitwilligkeit, uns in unseren wirtschaftlichen Nöten zu helfen. Die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen darf sich aber nicht auf die neutralen Länder beschränken. Leider ist der Friedensvertrag mit Rücksicht auf unsere Feinde so abgefaßt, daß er uns die Beziehungen zu unseren nächsten Nachbarn erwidern soll. Überall an unseren Grenzen ist eine deutsche Freizone geschaffen worden, welche naturgemäß die Beziehungen mit Deutschland trüben muß. Aber ich wieder, daß wir zunächst mit diesen wieder wirtschaftliche Beziehungen wieder anknüpfen. Ich glaube auch, daß das den deutschen Brüdern, die wir an die Nachbarn anknüpfen müssen, von Vorteil sein wird. Von den anderen Staaten erwähne ich Italien, mit welchem schon einige wirtschaftliche Beziehungen angeknüpft sind und wo wir insofern ein freundliches Gefühl haben, wie ich schon, daß die Italiener den Anknüpfung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland günstig ansehen. Es ist das der einzige von unseren früheren Feinden, von dem wir das bisher wissen. Das große Fragezeichen der auswärtigen Politik ist das frühere russische Reich. Propaganda ist nicht die Aufgabe des Politikers, es ist aber seine Aufgabe, jede Gelegenheit zu positiver Tätigkeit zu ergreifen, und selbstverständlich müssen wir bereit sein, mit Rußland, was aus daraus werden möge, wieder wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und ebenso mit Ungarn. Aber wir müssen verlangen, daß die Regierungen dieser Staaten sich nicht in unsere innere Politik einmischen.

(Stärkliche Zustimmung!) Es geschieht das neuerdings durch Ungarn! Wir müssen es heute deutlich aussprechen, daß

Deutschland seine inneren Angelegenheiten selbst mit dem Stimmzettel

ordnet, nur mit dem Stimmzettel. (Erneut lebhaftes Zustimmung.) Wir wollen keine Maschinengewehre m. h. z. auf der Straße sehen (stärkliches Bravo!), am allerwenigsten, wenn dieselben von uns Lande bezogen werden! (Erneut stärklicher Beifall.) Eine einseitige Orientierung nach Amerika hin will ich bei allem durchaus nicht befürworten. Schließlich ist auch nach Oesterreich zu verweisen, wo die

Wiederanknüpfung der Beziehungen mit Japan und China

gang besonders erwünscht ist. Dabei müssen wir unserer inneren Interessen vertriebenen Deutschen gedenken. (Bravos!) Das gleiche trifft für alle Auslandsdeutschen zu. (Bravos!) Bei Erwähnung des jenen Ostens möchte ich aber dringend davor warnen, daß so viel Spekulationen auf einen zukünftigen Krieg zwischen Amerika und Japan gemacht werden. (Lebhaftes sehr richtig!) Solche Spekulationen führen dazu, daß das Ausland sagt: Da ist wieder das alte deutsche Reich, welches auf Zweiertrakt zwischen anderen Mächten hofft. Ganz abgesehen davon, ich halte die Rechnung auch für falsch, denn der Verlauf des Krieges hat immer, mehr dazu geführt, daß Japan eine rene asiatische Politik treibt. Es ist auch ein Irrtum, anzunehmen, daß Amerika ein heftiges Interesse an China nimmt. Die Politik Amerikas ist fast ausschließlich eine panamerikanische, wenn diese nicht durch besondere Zwischenfälle nach Europa hingewiesen wird.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal wiederholen: Die deutsche auswärtige Politik sollte sich dahin orientieren, in einen wahren, idealen Völkerbund einzutreten, um mit dessen Hilfe die uns angelegte Verrückung der unerträglichen und unerfüllbaren Friedensbedingungen zu erlangen. Politische Gerechtigkeit und Ethik sind unsere Forderungen sein. Hierzu ist erforderlich, daß unsere öffentliche Meinung das Problem klar erkennt und in Zukunft ebenso energisch für diese Ideale eintritt, wie leider umgekehrt die frühere Regierung immer bei den Haager Konferenzen Ostraktion getrieben hat. (Lebhaftes Hört, hört!) Dabei können wir immer daran erinnern, daß die heutigen Ideale unser Kant schon vertrat. Das Alte ist getilgt. Die Zeit hat sich geändert. Wenn wir alle gemeinsam auf das gleiche Ziel hinarbeiten, wird neues Leben aus den Ruinen blühen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

C. H. Berlin, 21. Juli.

In der Aussprache über die gehörten Referat sprach zunächst Oberlandesgerichtsrat Gerland-Jena. Unter allen Umständen muß der unstrahlbare Kritik der Vergangenheit gebrochen werden. Es kommt vor allem darauf an, Wege und Ziele unserer zukünftigen Politik klarzulegen. Warum war es richtig, daß die Faktion aus der Regierung ausgetreten ist? Den Friedensvertrag können wir hierbei ausschalten, da wir nunmehr mit einer vollendeten Tatsache zu rechnen haben. Wir haben nur darüber zu diskutieren, können wir ihn erwidern oder wie sollen wir ihn revidieren. Das Unglück der 12. Mai möchte es mir, daß die Faktion unmöglich am 21. Juli davon abzugehen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Faktion sonst eine Politik auf weite Sicht treiben konnte. Es hätte sonst das Unannehmliche ausgegeben werden müssen, wenn nicht der feste Wille dahinter stand, es auszuführen. Man mußte an dem Wort vom 12. Mai auch am 21. Juni festhalten. (Lebhaftes Beifall.) Die Frage heißt nun:

Was soll in Zukunft geschehen,

Die Politik der Ehrlichkeit bedeutet zum Eintritt in die Regierung nicht aufzugeben, nicht annehmen und die nötige Zurückhaltung üben. Es gilt, hierfür Bedingungen aufzustellen, auf die allgemeine Rückstufung genommen werden muß, um nicht zu gebührender Mittäufser zu werden. Das sind Fragen von einschneidender Tragweite. Wir müssen vor allem eine demokratische und soziale Politik treiben. Die nächste Aufgabe unserer auswärtigen Politik besteht in dem Eintritt in den Völkerbund. Das erfordert aber die unbedingteste Zurückhaltung. Drängen wir uns nicht auf. Die Gefahren, die aus einem Herausbleiben aus dem Völkerbund sich ergeben sollten sind nicht so groß. Das Interesse, uns in den Völkerbund zu ziehen, ist deshalb größer, da sonst die Gefahr eines Gegenvölkerbundes mit Deutschland heraufbeschworen würde. Wir wollen warten, bis die Gegner an uns herantraten und wir dann unsere Bedingungen stellen. Ohne die Revision des Friedensvertrages kann der Eintritt in den Völkerbund nicht erfolgen. Die Aufgabe der nächsten Jahre ist nationale Politik zu treiben, oder wir hören auf ein deutsches Volk zu sein. Bei Durchsührung der nationalen Politik ist es selbstverständliche Voraussetzung, daß alle Deutschen, die zu uns wollen, aufgenommen werden. Unsere Politik basiert auf dem Grunde des Rechts. Das ist für uns das Trennungsmoment gegen rechts. Wir können eine Politik nicht mitmachen, die den Todsünden widerspricht. Der Krieg ist verloren gegangen, weil die Rechtsparolen durch die Machtpolitik nach außen und durch die egoistische Politik nach innen eine höchst gefährliche Politik getrieben haben. Der Gegner steht rechts, es gilt, dahin eine klare Front zu ziehen. Im Übrigen ist es keine Selbstverständlichkeit, die gegnerische Stellungnahme gegen die Unabhängigen nicht noch einmal zu unterstreichen. Wir haben dem allen gegenüber die demokratischen Ideale entgegenzusetzen, die auf internationaler, demokratischer und sozialer Grundlage zu betonen haben.

